



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

—

Mitglied des Landtages Henriette Quade (DIE LINKE)

Femizid in Bad Lauchstädt am 8. März 2023

Kleine Anfrage - **KA 8/1373**

Sehr geehrter Herr Präsident,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Landesregierung - erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport - auf die o. g. Kleine Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Tamara Zieschang
Ministerin für Inneres und Sport

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung. Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader.
Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen.

(Ausgegeben am 25.04.2023)

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Henriette Quade (DIE LINKE)

Femizid in Bad Lauchstädt am 8. März 2023

Kleine Anfrage – KA 8/1373

Vorbemerkung der Anfragstellerin:

Nach Berichten der Mitteldeutschen Zeitung wurde am 8. März 2023 in Bad Lauchstädt eine 59-jährige Frau in ihrer Wohnung - in der sie getrennt von ihrem 61-jährigen Ex-Partner lebte - von ihrem Ex-Partner erschossen. Bei Eintreffen der Polizei soll der Mann auch Schüsse auf ein Spezialeinsatzkommando der Polizei abgegeben haben, jedoch keine Polizeikräfte verletzt haben. Im Anschluss soll er sich selbst erschossen haben. Die Frau und der Mann verstarben noch vor Ort. Der Mann soll Mitglied in einem Schützenverein im Saalekreis gewesen sein und über eine Waffenbesitzkarte verfügt haben.¹

Nach Informationen der Mitteldeutschen Zeitung soll die Frau in den Wochen vor der Tat bei verschiedenen Stellen um Hilfe gebeten haben, „Sie hatte offenbar fürchterliche Angst, erschossen zu werden.“ Bereits in der Vergangenheit soll es mehrere Vorfälle häuslicher Gewalt gegeben haben, als die Frau und der Mann noch zusammengelebt hatten, dabei soll es auch zu Polizeieinsätzen gekommen sein. Darüber hinaus berichtet die Mitteldeutsche Zeitung, dass der Mann Anfang Februar versucht haben soll, die Frau mit seinem Auto zu rammen, nachdem er sie aus einem Auto gezerrt haben soll. In diesem Zusammenhang sei durch die Polizei ein Strafverfahren wegen Bedrohung, Nötigung im Straßenverkehr, Straßenverkehrsgefährdung und Nachstellung gegen den Mann eingeleitet worden. Die Frau habe der Polizei berichtet, dass der Mann Waffen besitze und sie befürchte, dass er sie erschießen wolle. Nach Angaben der Polizei wurde die zuständige

¹ „Ex-Partner erschießt 59-Jährige im Saalekreis: Wieso hatte der Mann eine Waffe?“, mz.de, 09.03.2023, online hier: <https://www.mz.de/lokal/merseburg/ex-partner-erschiesst-59-jahrige-im-saalekreis-wieso-hatte-mann-eine-waffe-3563708>

Waffenbehörde des Saalekreises darüber am selben Tag schriftlich informiert. Weiterhin habe die Polizei versucht, den Mann an seinem Wohnort für eine Gefährderansprache anzutreffen, diese sei aber nach bisherigem Kenntnisstand nicht erfolgt. Die Frau sei an die Interventionsstelle für Stalking und häusliche Gewalt der AWO verwiesen worden, die Polizei habe diese Stelle auch per Mail informiert. In der Folge habe sich die Frau zeitweilig in einem Frauenschutzhaus aufgehalten. Bei einer Durchsuchung des Hauses des Mannes wurden nach Informationen der Mitteldeutschen Zeitung sieben Waffen gefunden.²

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport

Frage 1:

Wie stellt sich nach - ggf. vorläufigen - Erkenntnissen der Landesregierung der Tatablauf am 8. März 2023 dar? Insbesondere: Wann wurde die Polizei durch wen weswegen informiert, wann traf die Polizei ein, wie viele Schüsse mit was für einer Waffe wurden durch den Mann auf seine Ex-Partnerin, Polizeikräfte und ihn abgegeben?

Antwort auf Frage 1:

Die Polizeiinspektion Halle (Saale) wurde am 8. März 2023 um 18:18 Uhr über den polizeilichen Notruf durch eine Zeugin darüber informiert, dass Hilferufe aus der Wohnung der späteren 59-jährigen Geschädigten in Bad Lauchstädt zu hören seien. Die ersten polizeilichen Einsatzkräfte vom Polizeirevier Saalekreis erreichten um 18:27 Uhr den Ereignisort. Eine weitergehende Beantwortung der Frage 1 kann gegenwärtig nicht erfolgen, da die erbetenen Auskünfte Gegenstand eines noch laufenden Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Halle (Saale) sind.

Frage 2:

In welchem Stand befand sich das Ermittlungsverfahren gegen den Mann wegen Bedrohung, Nötigung im Straßenverkehr, Straßenverkehrsgefährdung und Nachstellung (Taten im Februar) zum Zeitpunkt des 8. März 2023? Wie stellt sich

² „SEK-Einsatz: Neue Details nach tödlichen Schüssen in Bad Lauchstädt“, mz.de, 14.03.2023, online hier: <https://www.mz.de/lokal/merseburg/femizid-in-bad-laustaedt-neue-infos-zum-sek-einsatz-mit-2-toten-3566157>

der Tatablauf der in diesem Verfahren gegenständlichen Taten nach - ggf. vorläufigen - Erkenntnissen der Landesregierung dar?

Antwort auf Frage 2:

Die 59-jährige Geschädigte wurde am 1. Februar 2023, als sie sich mit ihrem Fahrzeug auf dem Weg zur Arbeitsstätte befand, von ihrem 61-jährigen getrennt lebenden Mann mit einem Personenkraftwagen verfolgt und mehrfach ausgebremsst. Zudem ist er frontal auf das Fahrzeug der Geschädigten zugefahren und erst unmittelbar vor dem Zusammenstoß ausgewichen. Weiterhin hat er in Schafstätt versucht, die Geschädigte aus ihrem PKW zu ziehen und sie bedroht. Die Geschädigte flüchtete daraufhin in eine dortige Bäckerei, von wo aus die Polizei von einer Angestellten informiert wurde. Aufgrund dieser Geschehnisse vom 1. Februar 2023 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Bedrohung nach § 241 Strafgesetzbuch (StGB), Nötigung im Straßenverkehr nach § 240 StGB, Straßenverkehrsgefährdung durch Missachtung des Rechtsfahrgebotes nach § 315 c StGB und Nachstellung nach § 238 StGB eingeleitet. Das Ermittlungsverfahren befand sich am 8. März 2023 noch in der polizeilichen Sachbearbeitung.

Frage 3:

Wann (Tag, Uhrzeit) wurde die Polizei in welchem Rahmen (Vernehmung, Hinweis o. Ä.) durch die Frau informiert, dass ihr Mann über Waffen verfüge und sie befürchte, erschossen zu werden?

Antwort auf Frage 3:

Im Rahmen der Anzeigenaufnahme am 1. Februar 2023 gab die 59-jährige Geschädigte an, dass ihr 61-jähriger Mann als Sportschütze über Schusswaffen verfügen würde. Sie äußerte ferner die Befürchtung, dass er diese unter Alkoholeinfluss im Streit gegen sie einsetzen könnte.

Frage 4:

Wie wurde diese Information durch die Polizei bearbeitet? Bitte unter Angabe der Dienststellen, Abteilungen, Tag und Uhrzeit und einzelnen Maßnahmen/Handlungen der Polizei beantworten.

Antwort auf Frage 4:

Im Rahmen der Sachverhaltsaufnahme durch aufnehmende Beamte des Reviereinsatzdienstes des Polizeireviers Saalekreis erfolgte die Unterbreitung von Opferschutzangeboten. Mit dem Einverständnis der Geschädigten wurde die Interventionsstelle „Häusliche Gewalt & Stalking“ der Arbeiterwohlfahrt am 1. Februar 2023 per E-Mail über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Zur Durchführung einer Gefährderansprache wurde nach der Anzeigenaufnahme am 1. Februar 2023 zunächst die Wohnanschrift des 61-jährigen Tatverdächtigen aufgesucht; er wurde nicht angetroffen. Daher wurde nachfolgend die Umgebung abgesucht. Die Suche verlief erfolglos. Weiterhin wurde am 1. Februar 2023 die zuständige Waffenbehörde des Landkreises Saalekreises per E-Mail über den Sachverhalt informiert, verbunden mit dem Ersuchen, die Zuverlässigkeit des 61-jährigen Tatverdächtigen als Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis zu überprüfen.

Frage 5:

Wurde durch die Polizei in diesem Fall eine Gefährdungsanalyse erstellt? Wenn ja, wann und durch welche Dienststelle und Abteilung und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, weshalb nicht?

Antwort auf Frage 5:

Die im Erlass „Polizeiliche Maßnahmen zur Verhütung von Gewalteskalationen in engen sozialen Beziehungen, in Fällen von Stalking sowie in Fällen von Kindeswohlgefährdung“ vom 19. Oktober 2010 vorgesehene Durchführung und Dokumentation einer strukturierten Situations- und Gefährdungsanalyse erfolgte bis zum 8. März 2023 nicht. Im Zuge der Aufarbeitung des Sachverhaltes wurde festgestellt, dass diese notwendige Maßnahme versäumt wurde.

Frage 6:

Wann wurde die Waffenbehörde des Saalekreises durch welche Dienststelle der Polizei in welcher Weise über die Taten des Mannes im Februar und ggf. weitere vorliegende Informationen zu ihm sowie die Angabe der Frau, dass er Waffen besitze und sie befürchte von ihm erschossen zu werden, in Kenntnis gesetzt? Bitte unter Angabe der Dienststelle und Abteilung, Tag und Uhrzeit beantworten. Soweit eine Information nur über Teilaspekte erfolgte, diese bitte benennen.

Antwort auf Frage 6:

Die zuständige Waffenbehörde des Landkreises Saalekreis wurde am 1. Februar 2023, um 13:45 Uhr, durch einen Beamten des Reviereinsatzdienstes des Polizeireviers Saalekreis per E-Mail über den angezeigten Sachverhalt sowie die Befürchtung der 59-jährigen Geschädigten informiert.

Eine Sachbearbeiterin der zuständigen Waffenbehörde antwortete am Folgetag gegen 13 Uhr per E-Mail und bat um Rückruf. Der mitteilende Beamte des Polizeireviers Saalekreis versah zu dieser Zeit Nachtdienst und wandte sich mit einer neuerlichen E-Mail an die Waffenbehörde, welche am 7. Februar 2023 dort einging. Hierin kündigte er an, sich nachfolgend telefonisch zu melden. Am 13. Februar 2023 setzte sich der Beamte telefonisch mit der Sachbearbeiterin der zuständigen Waffenbehörde in Verbindung und übermittelte ergänzend Informationen über zwei weitere Sachverhalte, in welchen der 61-jährige Tatverdächtige wegen Körperverletzung zum Nachteil seiner Ehefrau nach § 223 StGB am 18. März 2020 und Bedrohung zum Nachteil einer Dritten nach § 241 StGB am 11. August 2022 angezeigt wurde.

Frage 7:

Soweit die Information nur schriftlich erfolgte, weswegen wurde die Waffenbehörde durch die Polizei nicht auch telefonisch informiert?

Antwort auf Frage 7:

Der sachverhaltsaufnehmende Beamte versuchte am 1. Februar 2023, die zuständige Waffenbehörde des Landkreises Saalekreis telefonisch zu kontaktieren. Aufgrund des erfolglosen Versuchs wurde der Informationsaustausch per E-Mail vollzogen.

Frage 8:

Wann wurde diese Information durch die Waffenbehörde erstmals zur Kenntnis genommen? Bitte unter Angabe von Tag und Uhrzeit beantworten.

Antwort auf Frage 8:

Am 1. Februar 2023 um 13:45 Uhr wurde der Sachverhalt zum Einsatz der Polizei vom 1. Februar 2023 per E-Mail dem Ordnungsamt des Landkreises Saalekreis mitgeteilt. Um 13:57 Uhr wurde die Information vom Sekretariat an die Mitarbeiter des Sachgebietes Waffenrecht per E-Mail weitergeleitet und dort zur Kenntnis genommen.

Frage 9:

Welche Prüfungen wurden mit welchem Ergebnis infolge durch die Waffenbehörde wann durchgeführt und wann abgeschlossen? Wurden dabei insbesondere die Möglichkeiten von Rücknahme und Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis geprüft? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, weshalb nicht? Bitte jeweils je Prüfung unter Angabe des Beginns (Tag und Uhrzeit) und Endes (Tag und Uhrzeit) sowie der tatsächlichen und rechtlichen Grundlage des Prüfungsergebnisses beantworten.

Antwort auf Frage 9:

Die Waffenbehörde hat am 1. Februar 2023 eine Überprüfung und die dazu erforderlichen Abfragen aller Register im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 5 Waffengesetz (WaffG) eingeleitet. Hierzu wurden Anfragen am 1. Februar 2023 an das Bundeszentralregister, das Staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister und den Verfassungsschutz elektronisch und am 2. Februar 2023 darüber hinaus die Anfragen an die Polizeiinspektion Halle (Saale) und das Einwohnermeldeamt postalisch versandt. Die entsprechenden Rückläufe gingen am 2. Februar 2023 vom Bundeszentralregister, Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister und Verfassungsschutz ohne Eintragungen ein. Am 10. Februar 2023 erfolgte postalisch der Rücklauf der Polizeiinspektion Halle (Saale) zu dort gespeicherten Verfahren.

Am 13. Februar 2023 erfolgte ein weiterer telefonischer Informationsaustausch mit dem Polizeirevier Saalekreis. Der Polizei wurde mitgeteilt, dass die vorliegenden Informationen aus Sicht der Waffenbehörde noch nicht für eine Beurteilung der Unzuverlässigkeit oder fehlende persönliche Eignung ausreichen. Ergänzend dazu wurden der Waffenbehörde Erkenntnisse zum 61-jährigen Tatverdächtigen am 13. Februar 2023 um 19:28 Uhr übersandt. Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage 6 verwiesen.

Mit Rücklauf vom 17. Februar 2023 ging als letztes Auskunftersuchen die Meldung des Einwohnermeldeamtes ohne Mitteilung einer Änderung der gespeicherten Daten ein.

Die Prüfung der Waffenbehörde hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen für Rücknahme bzw. Widerruf oder weitere mögliche Maßnahmen (z.B. Waffenverbot, Sicherstellung) begann unmittelbar nach Kenntnis des Vorfalls am 1. Februar 2023 und dann fortlaufend mit Informationseingang.

Eine Rücknahme oder ein Widerruf nach § 45 Abs. 1 und 2 WaffG sind zu erlassen, wenn Versagungsgründe vorliegen. Versagungsgründe liegen vor, wenn die Erlaubnisvoraussetzungen nach § 4 WaffG nicht vorliegen. Nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 WaffG sind Erlaubnisvoraussetzungen u.a. das Vorliegen der erforderlichen Zuverlässigkeit (§ 5 WaffG) und der persönlichen Eignung (§ 6 WaffG).

Im Rahmen der Prüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit kam die Waffenbehörde zu dem Ergebnis, dass keine absoluten waffenrechtliche Unzuverlässigkeitsgründe vorlägen, da keine aktenkundigen Hinweise über rechtskräftige Verurteilungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 WaffG und keine Tatsachen bekannt waren, die aus Sicht der Waffenbehörde zu diesem Zeitpunkt die Annahme rechtfertigten, dass der Waffenbesitzer Waffen missbräuchlich nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 WaffG verwenden wird. Die Prüfung der Waffenbehörde ergab, dass die waffenrechtliche Zuverlässigkeit anhand der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen nicht abgesprochen werden konnte.

Es wurde auch geprüft, ob bei dem Beschuldigten die persönliche Eignung nach § 6 WaffG vorliegt. Die vorliegenden aktenkundigen Tatsachen reichten im Ergebnis der Waffenbehörde nicht aus, um weitere Maßnahmen nach § 6 WaffG durchzuführen.

Die Prüfung durch die Waffenbehörde ergab, dass der Erlass eines Widerrufs oder einer Rücknahme nicht möglich ist.

Darüber hinaus wurde auch die Möglichkeit eines Waffenverbotes nach § 41 WaffG geprüft. Die Prüfung der Waffenbehörde ergab, dass ein Waffenverbot mit den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen nicht erlassen werden konnte.

Auch die Prüfung der Waffenbehörde möglicher weiterer Maßnahmen nach § 46 WaffG ergab, dass eine sofortige Sicherstellung nicht erfolgen konnte, da es einerseits

an einer Rücknahme bzw. einem Widerruf der Erlaubnis mangelte und ein Waffenverbot nicht erlassen werden konnte. Andererseits reichten die bis dahin vorliegenden Informationen aus Sicht der Waffenbehörde nicht für eine Prognose des missbräuchlichen Verwendens der Waffen aus.

Die zusammenfassende rechtliche Bewertung der Waffenbehörde anhand der bis dahin vorliegenden Erkenntnisse und die Abstimmung zum weiteren Vorgehen in diesem Fall erfolgte am 20. Februar 2023.

Frage 10:

Welche Maßnahmen wurden durch die Waffenbehörde wann ergriffen? Bitte aufgeschlüsselt nach Tag, Uhrzeit und Maßnahme beantworten.

Antwort auf Frage 10:

Am 1. Februar 2023 wurden unverzüglich die Abfragen im Rahmen der Überprüfung der Zuverlässigkeit nach § 5 WaffG eingeleitet. Hinsichtlich der weiteren Maßnahmen und Prüfungen wird auf die Antwort auf Frage 9 verwiesen. Nach jeweiligem Rücklauf erfolgte eine Sichtung und Prüfung sowie rechtliche Bewertung in Richtung Waffenverbot, Rücknahme, Widerruf und Sicherstellung.

Frage 11:

Wurde die Polizei über die aus Frage 10 ergriffenen Maßnahmen durch die Waffenbehörde des Saalekreises in Kenntnis gesetzt? Wenn ja, wann, gegenüber wem und mit welchem Inhalt erfolgte die Information?

Antwort auf Frage 11:

Die Polizei wurde am 13. Februar 2023 durch die Waffenbehörde darüber informiert, dass sich eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit mit den bis dahin vorliegenden Informationen nicht ergibt und daher seitens der Waffenbehörde keine Sofortmaßnahmen erfolgen können.

Frage 12:

Wann und auf welcher rechtlichen und tatsächlichen Grundlage wurde durch die Polizei entschieden, eine Gefährderansprache bei dem Mann durchzuführen? Bitte unter Angabe der Dienststelle, Abteilung, Tag und Uhrzeit beantworten.

Frage 13:

Wem wurde der Auftrag zur Durchführung der Gefährderansprache erteilt? Bitte unter Angabe der Dienststelle, Abteilung und Rang der Beamt*innen beantworten.

Antwort auf die Fragen 12 und 13:

Die Fragen 12 und 13 werden zusammenhängend beantwortet.

Unmittelbar nach der Sachverhaltsaufnahme am 1. Februar 2023 entschieden die sachverhaltsaufnehmenden Polizeibeamten des Reviereinsatzdienstes Polizeirevier Saalekreis eigenständig eine Gefährderansprache nach § 13 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) durchzuführen. Ein Auftrag wurde somit nicht erteilt.

Frage 14:

Wie ist der Versuch der Durchführung der Gefährderansprache verlaufen? Bitte unter Angabe der Dienststellen, Abteilungen, Rang der eingesetzten Beamt*innen, Tag und Uhrzeit und einzelnen Maßnahmen/Handlungen der Polizei beantworten.

Frage 15:

Weshalb wurde die Gefährderansprache nicht durchgeführt? Wie wurde dies durch die handelnden Beamt*innen dokumentiert? Wann (Tag, Uhrzeit) wurde die Dienststelle und Abteilung darüber informiert, welche den Auftrag zur Durchführung einer Gefährderansprache erteilt hatte? Welche Maßnahmen wurden durch diese nach Kenntnisnahme der Information ergriffen?

Antwort auf die Fragen 14 und 15:

Die Fragen 14 und 15 werden zusammenhängend beantwortet.

Die sachverhaltsaufnehmenden Beamten des Polizeireviers Saalekreis, versuchten am 1. Februar 2023 zur Durchführung der Gefährderansprache den 61-jährigen Tatverdächtigen an seiner Wohnanschrift anzutreffen. Dieser wurde jedoch nicht angetroffen. Daher wurde nachfolgend die Umgebung abgesucht. Die Suche verlief erfolglos. Eine Gefährderansprache konnte nicht durchgeführt werden. Dies teilten die Beamten dem Lage- und Führungszentrum der Polizeiinspektion Halle (Saale) per Funk um 8:40 Uhr mit. Weiterhin erfolgte die Dokumentation durch die Beamten in Form eines Journaleintrages im Vorgangsbearbeitungssystem der Landespolizei. Der diensthabende leitende Einsatzbeamte vom Dienst des Frühdienstes vom Polizeirevier Saalekreis übergab den Vorgang dem leitenden Einsatzbeamten vom Dienst des Spätdienstes, welcher einen erneuten Versuch der Durchführung der Gefährderansprache in Auftrag geben sollte.

Frage 16:

Aus welchen Gründen gab es keinen zweiten Versuch, eine entsprechende Gefährderansprache durchzuführen? Wer hat diese Entscheidung wann getroffen? Bitte unter Angabe der Dienststelle, Abteilung und Rang der Beamt*innen beantworten.

Antwort auf Frage 16:

Ein weiterer Versuch zur Durchführung der Gefährderansprache ist nicht dokumentiert. Im Zuge der Aufarbeitung des Sachverhaltes wurde festgestellt, dass diese notwendige Maßnahme versäumt wurde.

Frage 17:

Wurde durch die Polizei geprüft, die Waffen des Mannes nach § 41 WaffG, § 45 SOG LSA sicherzustellen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, weshalb nicht?

Antwort auf Frage 17:

Am 1. Februar 2023 lagen die rechtlichen Voraussetzungen nach § 45 Nr. 1 SOG LSA nach polizeilicher Prüfung zur Sicherstellung der Waffen nicht vor.

Frage 18:

Wie viele Polizeieinsätze fanden im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt gegen die Frau statt und wurden in diesem Zusammenhang Ermittlungsverfahren eröffnet? Bitte unter Angabe einer laufenden Nummer aufschlüsseln nach Datum, Uhrzeit, Tatort (Wohnung der Frau, Haus des Mannes oder ehemals gemeinsamer Wohnort), Tatbeständen und ggf. Begehungsweise, Anzeige von Amts wegen oder Anzeige durch Private. Soweit keine Ermittlungsverfahren eröffnet wurden, bitte ggf. gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen darstellen.

Antwort auf Frage 18:

Es ist ein weiterer polizeilicher Einsatz im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt zum Nachteil der 59-jährigen Geschädigten dokumentiert. Am 18. März 2020 wurde sie gegen 20:15 Uhr in dem gemeinsamen Wohnhaus in Bad Lauchstädt, OT Oberklobikau, Opfer einer Körperverletzung nach § 223 StGB durch ihren Mann. Aufgrund des Verzichtes der Geschädigten auf die Stellung eines Strafantrages, wurde die Strafanzeige von Amts wegen gefertigt. Weitere gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen, wie eine Wegweisung, wurden ausdrücklich durch die Frau abgelehnt.

Frage 19:

In welchem Stand befanden sich die Ermittlungsverfahren aus Frage 18 zum Zeitpunkt des 8. März 2023? Bitte unter Angabe der laufenden Nummer aus der Antwort auf Frage 18 beantworten.

Antwort auf Frage 19:

Das unter Frage 18 aufgeführte Ermittlungsverfahren wurde am 15. Februar 2023 nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung eingestellt.

Frage 20:

Wie viele und welche Waffen und wie viel und welche Munition befanden sich im Besitz des Mannes? Welche davon waren erlaubnispflichtig und lagen die notwendigen Waffenerlaubnisse zum Zeitpunkt des 8. März 2023 für alle diese Waffen/Munition vor? Mit welcher dieser Waffen/Munition wurde die Frau erschossen?

Antwort auf Frage 20:

Der 61-Jährige war im Besitz von sechs Langwaffen und zwei Kurzwaffen. Es handelt sich bei allen Waffen um erlaubnispflichtige Schusswaffen. Die erforderlichen Erlaubnisse lagen zum Zeitpunkt 8. März 2023 vor.

Eine weitergehende Beantwortung der Frage kann gegenwärtig nicht erfolgen, da die erbetenen Auskünfte Gegenstand eines noch laufenden Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Halle (Saale) sind.